

Beschluß der Bürgerschaft

vom 15. September 1869.

1. Verwendungen von Jahresüberschüssen der Wafferschoutgebühren zu Schiffahrtzwecken.

Obwohl die Bürgerschaft mit der Verwendung der Jahresüberschüsse der Wafferschoutgebühren zu Schiffahrtzwecken vollkommen einverstanden ist, so muß sie doch in Hinblick auf die bekanntermaßen obschwebenden Verhandlungen über eine allgemeine norddeutsche Seemannsordnung, deren Resultat das bremische Wafferschoutinstitut schwerlich unberührt lassen dürfte, ihren Beschluß über den Antrag des Senats in Betreff der weiteren Ueberschüsse bis nach dem Abschluß der erwähnten Verhandlungen aussetzen, zumal da die nach der Mittheilung des Senats bereits eventuell in Aussicht genommene Verwendung des bis jetzt erübrigten Reservecapitals voraussichtlich späterhin zu Anstellungen führen müßte, deren Salarirung etwaige künftige Ueberschüsse aus den Gebühren weit übersteigen und der Staatscasse zur Last fallen könnte.

2. Verschiedene Straßenarbeiten in der „Humboldtstraße“ und in der Straße „am Dobben“.

Die Bürgerschaft bewilligt jetzt die in dem Berichte der Straßenbaudeputation vom 23. Juli d. J. beantragten Arbeiten in diesen Straßen und die dafür veranschlagten Beträge von resp. 6150 Thalern und 4425 Thalern. Zugleich spricht sie den Wunsch aus, daß die Straßenbaudeputation, dem ursprünglichen Plane gemäß, auf eine Bepflanzung der Straße „am Dobben“ mit Bäumen Bedacht nehmen möge.

3. Ruhegehalt des Freischulvorstehers Georg Friedrich Wilhelm Robbe.

Auch die Bürgerschaft bewilligt dem Schulvorsteher Robbe eine lebenslängliche Pension von 650 Thalern vom 1. October d. J. an.

Mittheilung des Senats an die Bürgerschaft

vom 17. September 1869.

1. Errichtung einer Wasserleitung.

Die Deputation wegen Errichtung einer Wasserleitung hat den beifolgenden Bericht eingereicht, über dessen Inhalt der Senat zunächst der Erklärung der Bürgerschaft entgegensieht, indem er die seinige sich vorbehält.

2. Anbau an das Hafenhaus zu Vegesack.

Mit der Vergrößerung des Hafenhauses zu Vegesack im nächsten Jahre in der im Deputationsberichte vorgeschlagenen Weise ist der Senat einverstanden.